

PROTOKOLL EINWOHNER- GEMEINDEVERSAMMLUNG

wann	Dienstag, 13. Juni 2023 20:00 Uhr bis 21:20 Uhr	
wo	Turnhalle Träff	
Vorsitz	Marianne Stänz, Gemeindeammann	
Gemeinderat anwesend	Urs Rothlin, Vizeammann Fabian Egger, Gemeinderat Martin Hofer, Gemeinderat Marcel Zehnder, Gemeinderat	
Stimmzähler	Oliver Brack Désirée Busslinger Michel Jobin Erika Tschümmy	
Protokoll	Manuel Brunner, Gemeindeschreiber	
Präsenz	Stimmberechtigte gemäss Register	1'922
	Quorum für definitive Beschlussfassung (1/5 Stimmberechtigte - § 30 Gemeindegesetz)	384
	Anwesende gemäss Stimmrechtsausweisen	60

Fakultatives Referendum

Sämtliche, heute Abend gefassten Beschlüsse, ob positiv oder negativ, unterliegen dem fakultativen Referendum, nachdem das für eine abschliessende Beschlussfassung mindestens erforderliche Anwesenheitsquorum von 384 mit 60 Stimmberechtigten nicht erreicht wird.

Gemeindeammann Marianne Stänz eröffnet die ordentliche Sommergemeindeversammlung 2023 um 20:00 Uhr.

Im Namen des Gemeinderates begrüsst Gemeindeammann Marianne Stänz die zahlreich erscheinenden Versammlungsbesuchenden und Gäste zur heutigen Gemeindeversammlung mit wegweisenden Entscheidungen für die Gemeinde und bedankt sich bei den Anwesenden für ihr Interesse und die Teilnahme.

Im Besonderen wird der Vertreter der Presse begrüsst. Anwesend ist Herr Peter Graf von der «Die Rundschau». Im Speziellen werden die Mitglieder der Finanzkommission und die anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung begrüsst. Ein spezielles Willkommen geht an die Einbürgerungskandidaten.

Marianne Stänz stellt die Präsenz fest, orientiert, dass die heute Abend gefassten Beschlüsse dem fakultativen Referendum unterstehen und ersucht die Anwesenden, bei den Abstimmungen die Hand jeweils gut sichtbar zu erheben und bei Voten deutlich ins Mikrofon zu sprechen. Bereits im Voraus bedankt sie sich bei den vollständig anwesenden Stimmezähler/innen für ihren heutigen Einsatz.

Mit dem Hinweis, dass von der heutigen Versammlung Tonaufnahmen für das Protokoll und dessen Prüfung durch die Finanzkommission gemacht werden, leitet die Vorsitzende zur **Genehmigung der Traktandenliste** über.

Diese ist vom Gemeinderat wie folgt vorgeschlagen:

1. Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 16. November 2022
2. Rechenschaftsbericht 2022
3. Zusicherung Gemeindebürgerrecht:
 - a) Zawari, Shakila, 1982, afghanische Staatsangehörige
 - b) Papp, Kristof, 1983, ungarischer Staatsangehöriger
Kulasza-Papp, Kamila Maria, 1985, polnische Staatsangehörige
Papp, Martin, 2014, ungarischer und polnischer Staatsangehöriger
Papp, Olivier, 2016, ungarischer und polnischer Staatsangehöriger
4. Kreditabrechnungen:
 - a) Beitrag an die Erneuerung des Sportzentrums Tägerhard
 - b) Schulraumerweiterung Phase II; Baukredit Um- und Anbau Halle Träff (Neumatt 2)
5. Rechnung 2022
6. Erhöhung Stellenplan von technischen und administrativen Abteilungen der Gemeindeverwaltung
7. Verschiedenes und Umfrage

Die Traktandenliste wird von der Versammlung auf Anfrage stillschweigend genehmigt.

1. Genehmigung Protokoll der Gemeindeversammlung vom 16. November 2022 (Gemeindeammann Marianne Stänz)

Die Gemeindeversammlung fasste am 16. November 2022 folgende zustimmenden Beschlüsse:

1. Protokoll der Einwohnergemeindeversammlung vom 31. Mai 2022
2. Zusicherung Gemeindebürgerrecht:
 - a) Saulnier, Alicia Maude Emilie, 2004, französische Staatsangehörige
 - b) Saulnier, Loïc Vincent Jérôme, 2006, französischer Staatsangehöriger
3. Kreditabrechnungen:
 - a) Erneuerung Chilemattweg mit Werkleitungen
 - b) Erneuerung Dacheindeckung Gemeindehaus und Erweiterung Photovoltaikanlage
4. Zusammenschluss der Feuerwehren Baden (mit Ennetbaden), Birmenstorf, Gebenstorf, Mülligen und Turgi (Birmenstorf-Mülligen, Gebenstorf-Turgi); Genehmigung des Gemeindevertrags
5. Teiländerung Nutzungsplanung Kulturland «Materialabbaugebiet Grosszelg»
6. Budget 2023 basierend auf einem unveränderten Gemeindesteuerfuss von 98%
7. Verschiedenes und Umfrage

Das Protokoll konnte vor der Versammlung persönlich auf der Gemeindekanzlei eingesehen, dort als Fotokopie bestellt, oder von der Webseite der Gemeinde heruntergeladen werden.

Gestützt auf die einschlägige Bestimmung in der Gemeindeordnung (beschlossen von der Gemeindeversammlung vom 24. November 2016) hat die Finanzkommission das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung geprüft. Gestützt auf diese Prüfung empfiehlt **Michael Zehnder, Finanzkommission**, das Protokoll zu genehmigen.

Aus der Versammlung wird auf Rückfrage das Wort zum Protokoll nicht verlangt.

Abstimmung

Die Versammlung genehmigt das Protokoll der ordentlichen Einwohnergemeindeversammlung vom 16. November 2022 in offener Abstimmung grossmehrheitlich ohne Gegenstimme.

2. Rechenschaftsbericht

(Gemeindeammann Marianne Stänz)

Der Gemeinderat schreibt dazu in seinem Traktandenbericht

Gemäss § 37 Abs. 2 lit. c) Gemeindegesetz hat der Gemeinderat jährlich mündlich oder schriftlich Rechenschaft über die Gemeindeverwaltung abzulegen.

Der gemeinderätliche Rechenschaftsbericht bietet darüber hinaus die Gelegenheit, für einen Einblick in das vielfältige Tätigkeitsgebiet des Betriebes ‚Gemeinde‘ und wenn es zusätzlich gelingt, mit dem Bericht das Interesse und das Verständnis an der Gemeindepolitik zu stärken, ist ein weiteres Ziel des Gemeinderates erreicht.

Der Gemeinderat dankt bei dieser Gelegenheit allen, die ihn in seiner Tätigkeit unterstützen. Dieser Dank gilt im Speziellen denjenigen Personen, die sich für die Mitarbeit in Kommissionen oder für ein Nebenamt zur Verfügung stellen oder sich in anderer Weise, vielfach auch im Stillen und ehrenamtlich, für das Wohl unserer Dorfgemeinschaft einsetzen.

Gemeindeammann Marianne Stänz führt die Versammlung durch das Traktandum:

Gemeindeammann Marianne Stänz fasst für die Versammlung die wichtigsten Ereignisse aus dem vergangenen Jahr zusammen:

- Gemeindegemeinderat Manuel Brunner als neuer Gemeindegemeinderat führte die Gemeindeverwaltung mit neuen Leitungspersonen durch ein turbulentes Jahr mit enorm vielen Veränderungen. Neue Herangehensweisen, eine neue Kultur, personell leider nicht immer mit positivem Ausgang. Immerhin gelangen in der Informatik grosse und wichtige Schritte. Das Kompletterneuerungsprogramm ist für 2023 ins Budget aufgenommen und läuft inzwischen auf Hochtouren.
- Der Schulraumerweiterungsbau Naumatt 2 wurde fertiggestellt. Nach vielen Herausforderungen und Verzögerungen wurde das sehr gelungene Neumatt 2 in den Sportferien in Betrieb genommen und am 30. April 2023 mit einem Tag der offenen Tür eingeweiht.
- Die Primarschule wurde ab 2022 ohne Schulpflege geführt. Dank guter Vorbereitung, gutem Willen aller Beteiligten und einer eingespielten Schulleitung gelang der Übergang von der Verantwortung für die Schulführung von der Schulpflege zum Gemeinderat reibungslos.
- In vielen Gemeinden ist eine Feuerwehrfusion extrem emotional, ja sogar unmöglich. Nicht in der Region rund ums Gebenstorfer Horn. Aufgrund einer Rückweisung im Einwohnerrat Baden musste die Birmenstorfer Gemeindeversammlung sogar zwei Mal über das Geschäft abstimmen. Der Zusammenschluss zur grössten Feuerwehr des Kantons Aargau erfolgte auf den 1. April 2023.
- Der Krieg in der Ukraine brachte gegen 30 Flüchtlinge nach Birmenstorf. Innert Monaten mussten die Unterkünfte gefunden und eingerichtet sowie die Betreuung organisiert werden. Unter der Führung des zuständigen Gemeinderats, Fabian Egger, gelang diese Aufgabe.

- Der Kanton sowie die beteiligten Unternehmen trieben das Geschäft Umzonung von Landwirtschafts- in Materialabbauzone im Grosszelg voran. Der Gemeinderat verhandelte eine möglichst hohe Entschädigung und beantragte der Winter-Gemeindeversammlung bekanntlich ein «Ja». Per Ende Jahr stand das Zustandekommen des Referendums fest.

Aus der Versammlung erfolgen auf Rückfrage keine Wortmeldungen.

Der gemeinderätliche Rechenschaftsbericht für das Jahr 2022 sei zu genehmigen.

Abstimmungen:

Die Versammlung stimmt dem Rechenschaftsbericht 2022 in offener Abstimmung grossmehrheitlich ohne Gegenstimmen zu.

3. Zusicherung Gemeindebürgerrecht

Der Gemeinderat schreibt dazu in seinem Traktandenbericht

Bis zum Einbürgerungsantrag an die Gemeindeversammlung schaffen es nur Personen, die (von der Mindestaufenthaltsdauer und einer Niederlassungsbewilligung abgesehen)

- einen Strafregisterauszug ohne Eintrag und eine positive Betreuungsauskunft beibringen;
- die Steuern termingerecht bezahlt haben;
- keine laufenden Strafverfahren aufweisen;
- sich in der deutschen Sprache ausdrücken und verständigen können (mündlich mindestens Referenzniveau B1, schriftlich mindestens Referenzniveau A2);
- staatsbürgerliche Kenntnisse der Schweiz haben;
- den Nachweis erbringen mit Schweizer/innen Kontakt zu pflegen;
- bereit sind, neben den Bürgerrechten auch die Bürgerpflichten zu erfüllen (zum Beispiel Militärdienst bzw. Militärpflichtersatz).

Alle nachstehend aufgeführten Personen erfüllen die Voraussetzungen und die eingeholten Referenzen bestätigen den jeweils guten Eindruck, den der Gemeinderat bei den persönlichen Gesprächen mit den Gesuchstellenden geführt hat. Auch sind während der öffentlichen Publikation keine negativen Eingaben eingegangen.

Sind die Einbürgerungsvoraussetzungen gemäss den gesetzlichen Vorgaben erfüllt, sichert die Gemeindeversammlung das Gemeindebürgerrecht für den Fall zu, dass das Kantonsbürgerrecht und die eidgenössische Einbürgerungsbewilligung erteilt werden. Die Gemeindeversammlung kann ein Gesuch nur auf begründeten Antrag hin ablehnen. Eine diskussionslose und unbegründete Ablehnung eines Einbürgerungsgesuches durch die Gemeindeversammlung würde im Beschwerdefall zwingend zur Aufhebung des angefochtenen Gemeindeversammlungsbeschlusses führen und der Entscheid würde zur erneuten Beurteilung an die Gemeindeversammlung zurückgewiesen.

Folgende Personen ersuchen um Zusicherung des Gemeindebürgerrechts von Birmenstorf:

- a) Zawari, Shakila, geb. 1982, afghanische Staatsangehörige, wohnhaft in Müslen 2. Sie lebt seit 2001 in der Schweiz und seit November 2013 in Birmenstorf (Ortsteil Müslen). Frau Zawari arbeitet seit 2014 in derselben Firma als Betriebsmitarbeiterin. Ihr Ehemann und ihre vier Kinder wurden bereits in Birmenstorf eingebürgert.
- b) Papp, Kristóf, geb. 1983, ungarischer Staatsangehöriger, wohnhaft an der Mülligerstrasse 8. Er lebt seit November 2012 in der Schweiz und seit Dezember 2012 in Birmenstorf. Kristóf Papp arbeitet als Teamleiter im Bereich «Data-Management» in Baden.

Kulasza-Papp, Kamila Maria, geb. 1985, polnische Staatsangehörige, wohnhaft an der Mülligerstrasse 8. Sie lebt seit November 2012 in der Schweiz und seit Dezember 2012 in Birmenstorf. Kamila Maria Kulasza-Papp arbeitet als Miterzieherin mit zusätzlichen Gruppenleitungsaufgaben in einer Kinderkrippe.

Papp, Martin, geb. 2014 in Baden, ungarischer und polnischer Staatsangehöriger, wohnhaft an der Mülligerstrasse 8. Martin Papp lebt seit Geburt in Birmenstorf und besucht die 3. Primarklasse in Birmenstorf.

Papp, Olivier, geb. 2016 in Baden, ungarischer und polnischer Staatsangehöriger, wohnhaft an der Mülligerstrasse 8. Olivier Papp lebt seit Geburt in Birmenstorf und besucht die 1. Primarklasse in Birmenstorf.

Gemeindeammann Marianne Stänz führt die Versammlung durch das Traktandum:

Einleitend bittet sie die Gesuchstellenden sich bei der nachfolgenden Vorstellung jeweils durch Erheben von den Stühlen den Versammlungsteilnehmenden auch kurz 'optisch' zu zeigen. Die Vorsitzende informiert die Versammlung über das geplante Vorgehen: Zuerst werden die beiden Einbürgerungsgesuche vorgestellt. Für diesen Teil und die allfällige Diskussion können die Gesuchstellenden im Versammlungslokal bleiben. Wenn es um die Abstimmung geht, werden die Gesuchstellenden gebeten, das Versammlungslokal zu verlassen. Sie werden nach der Abstimmung wieder hereingeholt.

Die Vorsitzende bekräftigt, dass nach sehr erfolgreich bestandenen Test der Gemeinderat von der Gesuchstellenden bei den jeweiligen Gesprächen einen positiven Eindruck erhalten hat und empfiehlt der Versammlung diesen das Gemeindebürgerrecht zuzusichern.

Sie ergänzt zu den Ausführungen gemäss Traktandenbericht:

- a) Frau Shakila Zawari, geboren 1982, ist Staatsbürgerin von Afghanistan. Sie wohnt zusammen mit ihrer Familie seit knapp 10 Jahren in Müslen. Frau Zawari arbeitet in einem 100%-Pensum bei der Noser-Inox AG in Oberrohrdorf als Verpackerin und kann bei der Betreuung der Kinder auf die Unterstützung ihrer ältesten Tochter und ihrer Mutter zählen. Der Mann von Frau Zawari und die vier Kinder sind bereits eingebürgert. Sie selber war damals vor 3.5 Jahren nicht teil des Einbürgerungsgesuchs, weil sie zuerst noch besser Deutsch lernen musste. Den staatsbürgerlichen Test im Rahmen ihrer Einbürgerung hat sie mit einem sehr guten Resultat bestanden.

Der einverlangte Bericht der Polizei ist einwandfrei. Das Gespräch, welches der Gemeinderat geführt hat, verlief positiv. Der Gemeinderat unterstützt das Einbürgerungsgesuch von Frau Shakila Zawari.

- b) Herr Papp ist ungarischer Staatsbürger, seine Frau Kulasza-Papp hat die polnische Staatsbürgerschaft und die beiden Söhne besitzen beide Staatsbürgerschaften. Die Familie Papp-Kulasza wohnt seit Dezember 2012 in Birmenstorf an der Mülligerstrasse 8. Die beiden Kinder sind hier geboren.

Kristóf Papp arbeitet als Teamleiter bei Ansaldo Energia in Baden im Bereich Data-Management. Zwei Tage pro Woche ist er dafür zuständig, die Söhne über Mittag zu verpflegen.

Frau Kamila Kulasza-Papp arbeitet in einem 80%-Pensum für die Kinderkrippe Bambi in Zürich als Betreuerin. In der Freizeit spielt sie gerne Klavier.

Martin Papp besucht die dritte Primarschulklasse in Birmenstorf. Er bewegt sich gern und besucht die Jugi und spielt Fussball. In der Schule hat er am liebsten Turnen und Mathematik. Er ist stolz darauf, dass er letztes Jahr der schnellste Birmenstorfer seines Jahrgangs war. Wie seine Mutter spielt er Klavier.

Olivier Papp besucht die erste Klasse der Primarschule in Birmenstorf. Wie es sich für jüngere Brüder gehört, eifert er in fast allem seinem grossen Bruder nach. So ist er auch in der Jugi und spielt Fussball, allerdings spielt er nicht Klavier sondern Schlagzeug.

Die einverlangten Berichte der Polizei sind einwandfrei. Das Gespräch, welches der Gemeinderat geführt hat, verlief positiv. Der Gemeinderat unterstützt das Einbürgerungsgesuch der Familie Papp-Kulasza.

Aus der Versammlung erfolgen auf Rückfrage keine Wortmeldungen.

Auf Aufforderung von Gemeindeammann Marianne Stänz begeben sich die Gesuchstellerinnen und Gesuchsteller in den Ausstand. Die Vorsitzende erläutert, dass darauf verzichtet werden kann, bei eindeutigen Mehrheiten die Ja- und Nein-Stimmen auszuzählen.

Abstimmungen:

- a) In offener Abstimmung sichert die Gemeindeversammlung grossmehrheitlich ohne Gegenstimmen
Zawari, Shakila, 1982, das Gemeindebürgerrecht von Birmenstorf zu.
- b) In offener Abstimmung sichert die Gemeindeversammlung grossmehrheitlich ohne Gegenstimmen
Papp, Kristóf, 1983 / Kulasza-Papp, Kamila Maria, 1985 / Papp, Martin, 2014 und Papp, Olivier, 2016, das Gemeindebürgerrecht von Birmenstorf zu.

Im Anschluss an die Abstimmung werden die gesuchstellenden Personen unter Applaus der Versammlung ins Lokal zurückgerufen.

4. Kreditabrechnungen

a) Genehmigung Kreditabrechnung für den Beitrag an die Erneuerung des Sportzentrums Tägerhard (Gemeinderat Martin Hofer)

Der Gemeinderat schreibt dazu in seinem Traktandenbericht:

Am 22. November 2017 hat die Einwohnergemeindeversammlung dem Verpflichtungskredit «Beitrag an die Erneuerung des Sportzentrums Tägerhard» zugestimmt und hierfür folgenden Kredit bewilligt:

Beitrag ans Sportzentrum Tägerhard (Tägi) Wettingen	CHF 60'332.00
---	---------------

Die letzte Tranche konnte inzwischen bezahlt und der Kredit somit abgeschlossen und abgerechnet werden. Die Abrechnung wurde von der Finanzkommission geprüft und genehmigt. Diese präsentiert sich wie folgt:

Verpflichtungskredit Gemeindebeitrag Tägerhard 22.11.2017	CHF 60'332.00
Bruttoanlagekosten	<u>CHF 60'300.00</u>
Kreditunterschreitung	<u>CHF 32.00</u>

Gemeinderat Martin Hofer führt die Versammlung im Sinne des Traktandenberichtes durch das Sachgeschäft. Die eröffnete Diskussionsrunde wird nicht genutzt.

Stefan Vögeli, Finanzkommission, empfiehlt aufgrund des positiven Prüfungsergebnisses der Versammlung die Kreditabrechnung zur Genehmigung und leitet gleich zur Abstimmung über, bei welcher sich der Gemeinderat aufgrund der finanzrechtlichen Vorgaben der Stimme zu enthalten hat.

Abstimmung:

In offener Abstimmung genehmigt die Versammlung grossmehrheitlich ohne Gegenstimme die Kreditabrechnung «Beitrag ans Sportzentrum Tägerhard».

b) Genehmigung Kreditabrechnung zur «Schulraumerweiterung Phase II; Baukredit Um- und Anbau Halle Träff» (Neumatt 2)
(Vizeammann Urs Rothlin)

Der Gemeinderat schreibt dazu in seinem Traktandenbericht:

Am 31. Oktober 2019 hat die Einwohnergemeindeversammlung dem Verpflichtungskredit für die «Schulraumerweiterung Phase II; Baukredit Um- und Anbau Halle Träff» zugestimmt und hierfür folgenden Kredit bewilligt:

Schulraumerweiterung Um- und Anbau Halle Träff (Neumatt 2) CHF 5'000'000.00

Die Arbeiten konnten inzwischen abgeschlossen und abgerechnet werden. Die Abrechnung wurde von der Finanzkommission geprüft. Diese präsentiert sich wie folgt:

Verpflichtungskredit Gemeindeversammlung 31.10.2019	CHF 5'000'000.00
Bruttoanlagekosten	<u>CHF 5'434'401.35</u>
Kreditüberschreitung	<u>CHF 434'401.35</u>

Das Projekt konnte zwischenzeitlich abgeschlossen werden. Die Kreditüberschreitung beträgt 8.69%. Die Mehrausgaben begründen sich wie folgt:

Die Baukosten des Neubaus Schulhaus Neumatt 2 in Birmenstorf wurden gemäss Kostenvoranschlag (KV), inkl. Reserven, auf CHF 5 Mio. kalkuliert. Die nach Abschluss der Schlussrechnungen ergebenden Mehrkosten liegen mit knapp CHF 5.4 Mio. innerhalb der Kostenspanne von plus minus 10%. Die Abweichungen zum KV können in folgender Auflistung nach Baukostenplan BKP zusammengefasst werden:

Gliederung nach BKP	Budget	Abrechnung	Differenz
1 Vorbereitungsarbeiten	425'570	533'387.90	107'817.90
Begründung: Mehraufwand für Baugruben- und Böschungssicherung / Umlegung und Neuerstellung der Werkleitungen im Vorfeld mangelhaft geplant und darum nicht im KV enthalten.			
2 Gebäude	2'846'080	3'799'816.54	953'736.54
Begründung: Mehraufwand für Baumeisterarbeiten / ungeplante Betonnachbearbeitung (alle Wände) / andere Fenster mit zwei Farben als budgetiert verwendet / Mehrkosten Elektroanlagen, weil unter anderem mehr Deckenleuchten als budgetiert verbaut wurden / Mehraufwand, da statt mit geplanten Radiatoren auf Bodenheizung umgestellt wurde / andere Lüftungsgeräte als geplant, infolge Platzproblem / zusätzliches Warmwasser für WC und Werkräume, sowie zusätzliche Wasseranschlüsse im Aussenbereich / zusätzliche Abdichtung im Fassadenmauerwerk wegen aufsteigender Feuchtigkeit (nicht im KV enthalten) / mehr Plattenfläche als im KV verlegt / Malerarbeiten grundsätzlich im KV viel zu tief angesetzt			
3 Betriebseinrichtungen	2'500	3'000.00	500.00
4 Umgebung	112'725	241'701.85	128'976.85
Begründung: zu knapp kalkuliert, ein Grossteil der Arbeiten war im KV gar nicht enthalten, z.B. Aussentreppen, Bereich zwischen den beiden Schulhäusern			
5 Baunebenkosten	182'754	150'230.20	-32'523.80
Begründung: konnten reduziert werden			
6 Finanzierung und Versicherungen	58'580	0.00	-58'580.00
Begründung: waren nicht nötig			
71 Reserve	416'431	0.00	-416'431.00
Begründung: aufgebraucht, siehe weitere andere Punkte			
7 Honorare	421'177	497'556.51	76'379.51
Begründung: diverse Honorare nicht im KV enthalten (z.B. Bauphysiker, Geologie, Ingenieurleistungen)			
9 Ausstattung	173'500	208'708.35	35'208.35
Begründung: 12% Budgetüberschreitung für die Anschaffung von Mobiliar und Hauswartungsgeräten			
0-9 Anlagekosten exkl. MwSt.	4'639'317		-4'639'317.00
Mehrwertsteuer 7.7%	7.7%	357'227	-357'227.41
Total Anlagekosten inkl. MwSt.	4'996'544		-4'996'544.41
Kostenvoranschlag +/- 10%	5'000'000	5'434'401.35	434'401.35
			Abweichung 8.69%

Vizeammann Urs Rothlin führt die Versammlung im Sinne des Traktandenberichtes durch das Sachgeschäft.

Peter Riedweg war erstaunt, als er die Kreditabrechnung gesehen hat. Gemäss seiner Berechnung handelt es sich um eine Kreditüberschreitung von rund 18%. Im Kredit wurde eine Reserve eingebaut, welche völlig ausgeschöpft wurde und zusätzlich sind Mehrkosten von rund CHF 400'000 angefallen. Zudem empfindet er es als nicht zeitgemäss, dass bei der Planung Radiatoren einkalkuliert wurden. Er erwähnt, dass die Budgetierung bereits falsch war und möchte zugleich wissen, ob eine Kostenkontrolle erfolgte. Herr Riedweg ist enttäuscht, wie das ganze Projekt abgelaufen ist und weist darauf hin, dass bei künftigen Projekten Fachpersonen Einsitz in der Baukommission haben sollen oder allenfalls eine Bauherrenberatung beigezogen wird.

Vizeammann Urs Rothlin erklärt, dass in der Baukommission mehrere Fachpersonen Einsitz hatten. Zudem erfolgte die Baukalkulation durch ein erfahrenes Büro. Geplant war eine Deckenkühlung, welche aufgrund der Akustik nicht umgesetzt werden konnte. So musste eine Bodenheizung eingebaut werden. Dem Gemeinderat ist bewusst, dass das Projekt nicht optimal verlaufen ist. Er weist darauf hin, dass bei einer solchen Projektgrösse mit gewissen Unvorhersehbarkeiten zu rechnen ist. Er macht die Anwesenden darauf aufmerksam, dass es sich um eine Kreditüberschreitung von 8% handelt, da die Reserven bereits im Kredit miteingerechnet wurden.

Oliver Brack stimmt Peter Riedweg zu. Er ist der Ansicht, dass bei künftigen Projekten die Reserven nicht in den Kredit miteingerechnet werden dürfen.

Vizeammann Urs Rothlin erklärt, dass es normal ist, bei solchen Projekten eine gewisse Reserve bereits in den Kredit miteinzurechnen. Ohne Reserve kann grundsätzlich kein Projekt mit einer solchen Grösse eingehalten werden, da mit Unvorhersehbarkeiten zu rechnen ist. Er stimmt den Beteiligten zu, dass das Projekt von Anfang an knapp berechnet war.

Stefan Vögeli, Finanzkommission, empfiehlt der Versammlung die Kreditabrechnung zur Genehmigung und leitet gleich zur Abstimmung über, bei welcher sich der Gemeinderat aufgrund der finanzrechtlichen Vorgaben der Stimme zu enthalten hat.

Abstimmung:

In offener Abstimmung genehmigt die Versammlung grossmehrheitlich mit 8 Gegenstimmen die Kreditabrechnung zur «Schulraumerweiterung Phase II; Baukredit Um- und Anbau Halle Träff» (Neumatt 2).

5. Genehmigung Rechnung 2022 (Gemeinderat Martin Hofer)

Überblick und Erläuterungen des Gemeinderates zur Rechnung 2022 der Einwohnergemeinde

Erfolgsrechnung

Die Erfolgsrechnung 2022 der Einwohnergemeinde (ohne Spezialfinanzierungen) schliesst mit einem **Gewinn von CHF 1'071'552.97** ab.

Spezialfinanzierungen

Die Rechnungen für Strom, Wasser, Abwasser und Abfall werden sich ab dem Abrechnungsjahr 2023 nicht mehr am hydrologischen Jahr (Oktober – September) orientieren, sondern werden neu aufs Kalenderjahr (Januar – Dezember) abgestimmt. Im Abrechnungsjahr 2022 werden daher einmalig 15 Monate Aufwand und Ertrag verbucht. Das ist der Hauptgrund für den ausgewiesenen Mehrertrag in allen Spezialfinanzierungen.

Im Abrechnungsjahr darf erwähnt werden, dass weniger Leitungsbrüche verzeichnet wurden. Zwei grössere Brüche konnten teilweise über Versicherungsleistungen abgedeckt werden.

Die Wasserversorgung schliesst die Erfolgsrechnung mit einem **Gewinn von CHF 231'423.78** ab. Demgegenüber stehen Nettoinvestitionen von CHF 176'809.20, welche vollständig durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

Die Abwasserbeseitigung schliesst die Erfolgsrechnung mit einem **Gewinn von CHF 252'789.45** ab. Dem gegenüber stehen Nettoinvestitionen von CHF 106'666.60, welche vollständig durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

Die Abfallbeseitigung schliesst die Erfolgsrechnung mit einem **Gewinn von CHF 12'850.65** ab. Investitionen wurden keine getätigt.

Die Elektrizitätsversorgung schliesst die Erfolgsrechnung mit einem **Gewinn von CHF 518'265.25** ab. Demgegenüber stehen Nettoinvestitionen von CHF 92'707.95, welche vollständig durch eigene Mittel finanziert werden konnten.

Verschiedene kleinere und grössere Faktoren haben zum positiven Abschluss beigetragen. Die wesentlichsten Abweichungen werden nachfolgend erwähnt:

Die **Serverumgebung** wie auch Netzwerkinfrastruktur der Gemeindeverwaltung musste komplett erneuert werden. Es sind gesamthaft Kosten von CHF 61'000 angefallen. Die Gever-Rückstellungen aus den Vorjahren wurden dafür beansprucht.

Die Gemeinde Birmenstorf hat sich rückwirkend in das Projekt **Fit4Digital** eingekauft. Es entstanden dadurch Mehrkosten (2 Jahre) von CHF 15'000.

Im Rechnungsjahr entstanden Mindereinnahmen aus **Baugebühren** von CHF 13'000. Dies infolge kleinerer Bauvorhaben und gleichzeitiger zeitlicher Verschiebungen.

CHF 20'000 tiefer fiel der Beitrag an die **Regionalpolizei** aus. Die Busseneinnahmen erreichten einen neuen Höchststand und übertrafen das Budget um CHF 10'000.

Im Rechnungsjahr sind Minderkosten von CHF 11'000 für den **KESD** (Kindes- und Erwachsenenschutzdienst) angefallen.

Der Beitrag an die **Feuerwehr** Birmenstorf-Mülligen erreichte den budgetierten Aufwand deutlich nicht. Die Minderkosten sind auf nicht ausgeführte Arbeiten / Anschaffungen, infolge bevorstehender Fusion, zurückzuführen.

Im Bereich **Primarstufe** sind Minderausgaben von CHF 13'000 bei Exkursionen, Reisen, Lagern, hauptsächlich noch durch «coronabedingte» Massnahmen, zu verzeichnen.

Die **Holz schnitzelheizung** musste ausserplanmässig ersetzt werden. Es sind Kosten von rund CHF 90'000 angefallen. Durch den Ausfall entstanden Mehrkosten auch in der Energiebeschaffung (Gas), was sich deutlich in der Rechnung bemerkbar machte.

Der **Neubau Schulhaus Neumatt 2** ist in Betrieb, die letzten Rechnungen trafen im Frühjahr 2023 ein. Die ersten Abschreibungen werden im 2023 gebucht.

Minderkosten von CHF 23'000 bei der **Schulsozialarbeit** sind einer Vakanz geschuldet.

Beiträge an **Sonderschulen** wie auch berufliche Grundbildungen wurden zu tief budgetiert. Es entstanden Mehrkosten von CHF 85'000. Die Budgetwerte 2023 wurden bereits entsprechend angepasst.

Der Beitrag an die **Pflegefinanzierung** (ambulant / stationär) sowie an die Spitex schliesst höher ab als budgetiert. Es entstanden Mehrkosten von CHF 89'000.

Der regionale **Sozialdienst** der Stadt Baden führt seit Januar 2022 den Sozialdienst für die Gemeinde Birmenstorf. Die Zahlen werden neu brutto ausgewiesen. Im Bereich der Alimente übertrifft der Ertrag den Aufwand um CHF 10'000. Bei der wirtschaftlichen Hilfe fallen die Nettokosten CHF 25'000 höher aus als budgetiert. Im Bereich Asyl lagen die Nettokosten CHF 57'000 über Budget.

Die Beteiligung an den Kosten der **Krankenkassen-Verlustscheinen** hat sich eingependelt. Die Kosten belaufen sich aktuell auf CHF 60'000 bis CHF 70'000 pro Jahr.

Die **Bushaltestellen** müssen gemäss Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) saniert und umgebaut werden. In diesem Zusammenhang wurden die Bushaltestellenhäuschen zusätzlich gleich saniert. Es entstanden Mehrkosten von rund CHF 50'000.

Der Netto-**Steuerertrag** 2022 liegt bei rund CHF 9.8 Mio und somit CHF 1.1 Mio höher als budgetiert. Vor allem im Bereich Grundstückgewinnsteuern und Erbschafts- und Schenkungssteuern sind ausserordentliche Einnahmen zu verzeichnen.

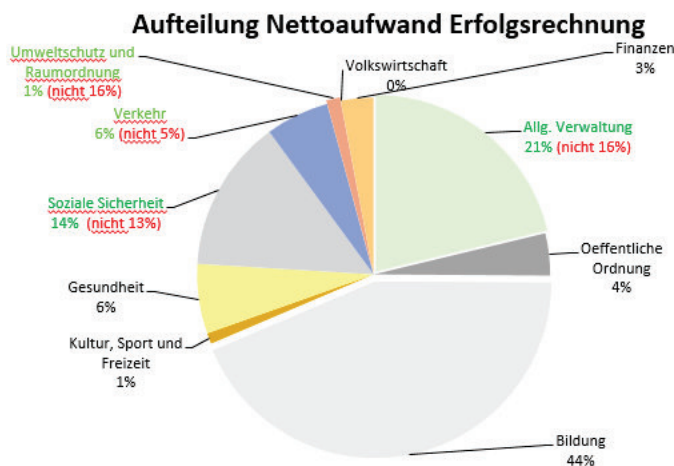
Die Gemeinde Birmenstorf leistet im 2022 eine **Finanzausgleichszahlung** von CHF 430'000. Demgegenüber folgte eine Gutschrift (Feinausgleich) von CHF 67'100.

Die Erfolgsrechnung 2022 der Einwohnergemeinde (ohne Spezialfinanzierungen) schliesst mit einem **Gewinn von CHF 1'071'552.97** ab (budgetiert war ein Aufwandüberschuss von CHF 49'790). Der Überschuss wurde dem Eigenkapital zugewiesen.

Gemeinderat Martin Hofer führt die Versammlung anhand der nachstehenden Folien durch das Sachgeschäft.

Zu Beginn entschuldigt er sich bei der Versammlung für die Fehler auf Seite 19 in den zugestellten Unterlagen. Untenstehend sind die Korrekturen der Prozentangaben sowie der Investitionsrechnung ersichtlich.

Korrigenda Seite 19 des Traktandenberichts:



Aufteilung Erfolgsrechnung	
Allgemeine Verwaltung	21%
Öffentliche Ordnung	4%
Bildung	44%
Kultur, Sport und Freizeit	1%
Gesundheit	6%
Soziale Sicherheit	14%
Verkehr	6%
Umweltschutz und Raumordnung	1%
Volkswirtschaft	0%
Finanzen	3%

Nettoaufwand pro Funktion:	
0	1'944'221.38
1	351'581.40
2	3'976'878.89
3	61'778.35
4	581'854.35
5	1'278'410.43
6	532'052.40
7	115'740.25
8	0.00
9	247'377.36
	9'089'894.81

(zur Nettoaufwand- u./Aufw.ber. u/ Steuerertrag)

Korrigenda Seite 19 des Traktandenberichts:

Investitionsrechnung 2022	Rechnung 2022		Budget 2022	
	Ausgaben	Einnahmen	Ausgaben	Einnahmen
TOTAL INVESTITIONSRECHNUNG	2'640'753 (nicht -10'500)	2'640'753 (nicht 0)	2'630'100 (nicht 0)	2'630'100 (nicht 0)
ALLGEMEINE VERWALTUNG	-10'500 nicht 70'500	0	0 (nicht 15'500)	0 (nicht 68'000)
ÖFFENTL. ORDNUNG UND SICHERHEIT	0	0	155'000	68'000
BILDUNG	1'432'704	0	500'000	0
KULTUR, SPORT UND FREIZEIT,	20'100	0	20'100	0
VERKEHR	322'487	0	597'000	0
UMWELTSCHUTZ UND RAUMORDNUNG	328'625	76'872	580'000	230'000
VOLKSWIRTSCHAFT	396'969	73'496	450'000 (nicht 4'550'000)	30'000
FINANZEN UND STEUERN	150'368	2'490'385	328'000	2'302'100

Die Erfolgsrechnung 2022 schliesst mit einem positiven Ergebnis ab. Im Budget wurde ein Fehlbetrag von CHF 49'790 budgetiert. Die Rechnung konnte mit einem Überschuss von CHF 1'071'552.97 abgeschlossen werden. Eine Abweichung zwischen Budget und Rechnung von rund CHF 1'121'343.97.

Erfolgsausweise Einwohnergemeinde (ohne Werke)

		Rechnung 2022 (in CHF)	Budget 2022 (in CHF)
Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit		584'619.50	- 540'350.00
Ergebnis aus Finanzierung	+	88'633.47	86'260.00
Operatives Ergebnis	=	673'252.97	- 454'090.00
Ausserordentliches Ergebnis*	+	398'300.00	404'300.00
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	=	1'071'552.97	- 49'790.00

* Das ausserordentliche Ergebnis betrifft die Entnahme aus der Aufwertungsreserve.

Anhand der untenstehenden Übersicht ist erkennbar, dass besonders in den Bereichen Gesundheit, Verkehr- und Nachrichtenübermittlung, Umweltschutz und Raumordnung sowie in der Volkswirtschaft grössere Abweichungen vorliegen. In der Gesundheit betrifft dies insbesondere die Pflegefinanzierung mit einer Abweichung von CHF – 58'000 sowie die Spitexbeiträge, welche höher ausgefallen sind. In der Abteilung Verkehr- und Nachrichtenübermittlung ist ein Mehraufwand von CHF 60'000 für den Strassenunterhalt angefallen. Ebenfalls wurden Planungskosten von CHF 30'000, welche dem Bereich Umweltschutz und Raumordnung zugeweiht wurden, nicht beansprucht. In der Volkswirtschaft handelt es sich um Minderausgaben in der Höhe von CHF 8'000, welche für den Strassen- und Wegunterhalt nicht benötigt wurden.

Die Abteilungen in der Übersicht (netto)

Abteilung	Rechnung [Mio CHF]	Budget [Mio CHF]	Abw. [%]
Allgemeine Verwaltung	-1.944	-1.964	1.0%
Öffentliche Ordnung, Sicherheit	-0.352	-0.349	-0.9%
Bildung	-3.977	-4.003	0.6%
Kultur, Sport und Freizeit, Kirche	-0.062	-0.062	0.0%
Gesundheit	-0.582	-0.502	-15.9%
Soziale Sicherheit	-1.278	-1.273	-0.4%
Verkehr- & Nachrichtenübermittlung	-0.532	-0.487	-9.2%
Umweltschutz und Raumordnung	-0.116	-0.153	24.2%
Volkswirtschaft	0.083	0.071	16.9%

Den Details zum Rechnungsabschluss mit positivem Einfluss ist zu entnehmen, dass mehr Gemeinde- und Sondersteuern eingenommen werden konnten. Durch die in der Vergangenheit getätigten Alimentenbevorschussungen wurden im 2022 CHF 54'000 zurückerstattet.

Der Beitrag an die Stadtpolizei Baden ist geringer ausgefallen als budgetiert. Dies ist insbesondere auf die Busseneinnahmen der Geschwindigkeitskontrollen zurückzuführen. Aufgrund der geplanten Fusion der Feuerwehren Baden, Birmenstorf-Mülligen und Gebenstorf-Turgi per 1. April 2023 wurden weniger Anschaffungen getätigt, was ebenfalls zu Minderausgaben führte. Wegen einer Vakanz in der Schulsozialarbeit sind zudem weniger Lohnkosten angefallen.

Details zum Rechnungsabschluss (mit positivem Einfluss)

Mehreinnahmen gegenüber Budget

- TFR 819' - Allgemeine Gemeindesteuern
- TFR 326' - Sondersteuern
- TFR 54' - Rückerstattungen von Alimenten
- TFR 199' - Asylwesen (5720/30), Entschädigung Kanton (Ukrainer)

Minderausgaben gegenüber Budget

- TFR 20' - Beitrag Stadtpolizei Baden
- TFR 34' - Beitrag Feuerwehr
- TFR 26' - Schulsozialarbeit (Vakanz)
- TFR 35' - Umweltschutz Dienstleistungen Dritter

In gewissen Bereichen mussten Mehrausgaben getätigt werden. Bei den Verwaltungsliegenschaften machte sich der Preisanstieg der Stromkosten bemerkbar. Dies führte zu Mehrausgaben von CHF 33'000. Ebenfalls fiel der Unterhalt für die Schulliegenschaften höher aus als erwartet. Für sämtliche Schülerinnen und Schüler, welche eine auswärtige Schule besuchen (Sonderschule und Berufsschule), muss die Gemeinde einen Wohnortsbeitrag leisten. Die Kosten sind pro Schule unterschiedlich, weshalb auch in diesen Bereichen Mehrkosten entstanden sind. Die Buswartehäuschen wurden behindertengerecht saniert. Es entstanden Mehrkosten von CHF 44'000.

Details zum Rechnungsabschluss (mit negativem Einfluss)

Mehrausgaben gegenüber Budget

- TFR 33' - Verwaltungsliegenschaft Ver- und Entsorgung (Preisanstieg Stromkosten)
- TFR 112' - Schulliegenschaft Unterhalt Hochbauten
- TFR 46' - Schulgelder Sonderschulen
- TFR 53' - Schulgelder Berufsschulen
- TFR 57' - Beiträge an die Pflegefinanzierung
- TFR 32' - Spitex
- TFR 282' - Asylwesen (5720/30), Materielle Hilfe (Ukrainer)
- TFR 44' - Kantonsstrassenunterhalt (Buswartehäuschen)

Dem Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung der Eigenwirtschaftsbetriebe ist zu entnehmen, dass in allen vier Werken ein grösserer Überschuss erzielt werden konnte. Dieser wurde dem Eigenkapital gutgeschrieben. Die Umstellung von der hydrologischen Abrechnung auf die Abrechnung aufs Kalenderjahr hat hier einen grossen Einfluss. So beziehen sich die Zahlen im Jahr 2022 auf 15 und nicht wie üblich auf 12 Monate.

Gesamtergebnis Erfolgsrechnung der Eigenwirtschaftsbetriebe im 2022

	Rechnung 2022	Budget 2022
Wasserversorgung	CHF 231'424	CHF 79'300
Abwasserbeseitigung	CHF 252'789	CHF 71'410
Kehricht	CHF 12'851	CHF - 22'120
Elektrizitätsversorgung	CHF 518'265	CHF 206'620

Das Jahr 2022 wurde von diversen Herausforderungen geprägt. Zum einen gingen langjährige Führungspersonen in Pension, wodurch viel Know-How verloren ging. Zum anderen war die Unterbesetzung, besonders in der Abteilung Finanzen, spürbar. Die Technischen Betriebe sowie die Gemeindeverwaltung führen eigene Softwares, welche nicht miteinander kompatibel sind. Dies führt zu einem enormen Mehraufwand und Fehler.

Aufgrund der Herausforderungen wurde die Firma Hüsser Gmür + Partner AG, Dättwil, mittels einer Sonderprüfung beauftragt. Dabei wurden zwei Handlungsfelder aufgezeigt, welche fehlerhaft sind und in Zukunft verbessert werden müssen. Einerseits sind die Abschreibungsätze in der Anlagebuchhaltung nicht komplett nachvollziehbar und andererseits mussten aufgrund der vorgenannten Umstellung in den Technischen Betrieben viele Korrekturbuchungen vorgenommen werden, welche teilweise nicht mehr nachvollziehbar sind.

Um solche Herausforderungen künftig besser zu meistern und Fehler zu vermeiden, werden verschiedene Massnahmen umgesetzt. Einerseits wird die Erhöhung der Stellenpensen (Traktandum 6) beantragt und andererseits haben Gemeindeschreiberin-Stv. Yasmin Pfändler und Leiterin Finanzen, Bettina Huber, ihre Tätigkeit bei der Gemeindeverwaltung Birmenstorf aufgenommen. Zudem werden neue Softwares eingeführt, mittels welcher die Anlagebuchhaltung neu aufgesetzt wird und die Fehler korrigiert werden. Zusätzlich soll ein IKS eingeführt werden.

Trotz einem geprägten Jahr, weist das 2022 ein erfreuliches Ergebnis aus. Es wurden Nettoinvestitionen von rund CHF 2'000'000 getätigt, welche durch den Überschuss sowie das Eigenkapital gedeckt wurden. Anfang 2022 weist die Einwohnergemeinde Birmenstorf eine pro-Kopf-Verschuldung von CHF 1'161 aus, was einer Nettoverschuldung von CHF 3'480'000 entspricht. Ende Jahr bestand eine pro-Kopf-Verschuldung von CHF 1'344 und somit eine Nettoverschuldung von CHF 4'030'000. Die Gemeinde Birmenstorf liegt im Mittelfeld des Kantons Aargau. Eine pro-Kopf-Verschuldung bis CHF 2'500 ist gemäss Kanton unproblematisch.

Trotz der Kreditüberschreitung bei der «Schulraumerweiterung Phase II; Baukredit Um- und Anbau Halle Träff» (Neumatt II) ist die pro -Kopf-Verschuldung nicht wesentlich gestiegen. Dies ist unter anderem auf die dazumal geltenden Negativzinsen zurückzuführen.

Michael Zehnder, Finanzkommission, erklärt, dass die Prüfung der Rechnung viel Zeit in Anspruch genommen hat und intensiv war. Die Zahlen sind korrekt und vollständig – mit zwei Einschränkungen bei möglichen Differenzen bei der Anlagebuchhaltung sowie bei der Verrechnung der TBB. Nichtsdestotrotz wurde die Buchhaltung sauber und übersichtlich geführt und die Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung sowie die Bilanz stimmen mit der Buchhaltung überein. Zudem entsprechen die Buchführung, die Darstellung der Vermögenslage und die Jahresrechnung mit den genannten Ausnahmen den gesetzlichen Vorschriften. Die Finanzkommission empfiehlt der Versammlung die Jahresrechnung 2022 trotz Einschränkungen, da keine Hinweise auf wesentliche Fehler bestehen, zur Genehmigung und leitet gleich zur Abstimmung über, bei welcher sich der Gemeinderat aufgrund der finanzrechtlichen Vorgaben der Stimme zu enthalten hat.

Abstimmung

Die Jahresrechnung 2022 der Einwohnergemeinde wird in offener Abstimmung grossmehrheitlich ohne Gegenstimmen genehmigt.

6. Erhöhung Stellenplan von den technischen und administrativen Abteilungen der Gemeindeverwaltung (Gemeindeammann Marianne Stänz)

Der Gemeinderat schreibt dazu in seinem Traktandenbericht:

Ausgangslage

Die Anforderungen steigen aufgrund gesetzlicher Entwicklungen und sich verändernder Kundenansprüchen kontinuierlich. Die daraus geforderten Mehrleistungen konnten in der Vergangenheit durch die Erfahrung der Mitarbeitenden kompensiert werden. Über alle Abteilungen hinweg sind die Grenzen jedoch deutlich spürbar. In einzelnen Bereichen ist die Grenze des seriös Machbaren überschritten. Zwischenzeitlich schlägt sich, wie in vielen anderen Branchen, in der Gemeindefachkräftemangel durch und der Wettbewerb unter den Gemeinden hat auch Birmenstorf eingeholt. Wir müssen einiges tun, um konkurrenzfähig, attraktiv und zeitgemäss zu bleiben.

Der Gemeinderat Birmenstorf beteiligt sich an der von Baden initiierten Modellstadt. Die Modellstadt prüft Zusammenarbeiten und Synergien in diversen Bereichen zwischen den Gemeinden rund um Baden. Unter den angeschlossenen Gemeinden durfte bei der Grundlagenzusammenstellung vor 2 Jahren festgestellt werden, dass die Gemeinde Birmenstorf in sämtlichen Bereichen mit weniger Personal pro Einwohner auskommt, als im Durchschnitt eingesetzt wird. Unterdurchschnittlich beim Vergleich mit allen Modellstadt-Gemeinden, ist Birmenstorf aber auch dann, wenn man nur die Gemeinden bis 6'000 Einwohner berücksichtigt, welche keine Zentrumslasten zu tragen haben. Diese Fakten waren und sind auch im Personal deutlich spürbar. Zeit für grundlegende strukturelle Anpassungen und Projekte bleibt neben dem Tagesgeschäft kaum, respektive nicht in den zur Verfügung stehenden Pensen.

Nachdem fast gleichzeitig 3 Schlüsselpersonen mit zusammen über 100 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand gingen, hat es mit dem wegfallenden Erfahrungswert und dem entsprechenden Know-how-Verlust die Gemeindeverwaltung zusätzlich durchgerüttelt und etliche «Nachbeben» sind weiterhin spürbar. Nach «Grösse» der Risikofaktoren mussten die einzelnen Abteilungen und Bereiche analysiert und Massnahmen geprüft werden.

Von einer «schlanken», zu einer «durchschnittlichen» Gemeindeführung

Als erstes wurden die Stellen ohne tatsächliche Stellvertretung und somit mit dem höchsten Risikopotenzial fachmännisch analysiert. Es sind dies die Abteilung Bau und Planung mit den Bereichen Bauverwaltung und Hausdienste. Aus den Analysen der zu tätigen Aufgaben und den Pensenvergleichen mit ähnlich strukturierten Gemeinden musste eine deutliche Underdotierung und ein hohes Risiko festgestellt werden. In einem ersten Schritt haben Sie, geschätzte Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, an der letzten Sommer-Gemeindeversammlung den Stellenplan für die entsprechenden Bereiche genehmigt. Aus der darauffolgenden Stellenausschreibung konnte per Februar 2023 ein Stellvertreter des Abteilungsleiters Bau und Planung und per März 2023 ein Stellvertreter des Leiters Hauswartung angestellt werden. In den beiden Bereichen können nun in einem zweiten Schritt lange liegen Gebliebenes und Optimierungsmassnahmen angegangen werden. Die Abteilung Bau und Planung hat damit angefangen, Prozesse zu digitalisieren und den Grundstein für «eBau» aufzugleisen. Provisorisch eingeführte Delegationen von Aufgaben an Dritte können wieder aufgelöst werden. Für eine seriöse Lehrlingsausbildung Fachmann/frau Betriebsunterhalt sind nun die benötigten Ressourcen vorhanden.

Bereits damals wurde kommuniziert, dass in einem weiteren Schritt, das Bauamt und die administrativen Abteilungen Gemeindeganzlei/Einwohnerdienste/Steuern und Finanzen analysiert werden. Dies ist zwischenzeitlich mit zwei spezialisierten Beratungsfirmen geschehen, was auch in diesen Bereichen zu einem Antrag auf eine Stellenplanerhöhung führt.

Bauamt/Werkhof

Im Bereich Bauamt ist die Arbeitsbelastung sehr hoch. Es können nicht alle Arbeiten bedarfsgerecht und zeitnah erledigt werden. Im Vergleich zu den Modellstadt-Gemeinden ist die Unterdotierung bereits erkennbar, wobei die überdurchschnittlich grosse Flächenausdehnung von Birmenstorf in diesem Quervergleich den Eindruck verstärkt.

Die Datenerhebung der Gemeindeflächen und die Aufnahmen der zu tätigen Arbeiten wurden durch eine spezialisierte Firma erhoben und ausgewertet, wobei das Manko klar bestätigt wurde. Gemäss Datenanalyse würden, sollte das Bauamt sämtliche Arbeiten in guter Qualität und in Eigenregie erfüllen, rund 360 Stellenprozent benötigt.

Aus der Praxis können Arbeiten jedoch synergieträchtiger und tendenziell zeitsparender ausgeführt werden und der Spielraum für die zu tätigen Arbeiten ist relativ gross. Aus diesem Grund erachtet die Abteilung Bau und Planung eine Aufstockung als sicher zwingend notwendig, aber auf 300% auch als genügend.

Mit einer zusätzlichen Arbeitskraft können vernachlässigte Arbeiten wieder sachgemäss und Wartungen regelmässiger durchgeführt werden. Planungen können sorgfältiger vorgenommen werden und es kann mehr agiert werden, statt reagieren zu müssen. Die Vertretungen, insbesondere bei unvorhergesehenen Arbeiten, können breiter abgestützt werden. Zu prüfen wäre in einem weiteren Schritt, ob fremd vergebene Aufgaben wieder selbst durchgeführt werden können.

Ein Stellenplan von 300% für das Bauamt ist für die Gemeindegrösse von Birmenstorf opportun, und im Vergleich mit anderen Gemeinden und mit einer detaillierten Auswertung ausgewiesen.

Die administrativen Abteilungen Gemeindeganzlei, Einwohnerdienste, Finanzen und Steuern

Für die administrativen Abteilungen zentrale Dienste (Gemeindeganzlei, Einwohnerdienste), Finanzen und Steuern wurde durch ein spezialisiertes Beratungsunternehmen eine Organisations- und Ressourcenanalyse durchgeführt.

Folgende Fazits können aus den Analysen gezogen werden:

Bei der Gemeinde Birmenstorf handelt es sich im Grundsatz um einen stabilen Betrieb mit einer hohen Dienstleistungsorientierung. Dennoch steht die Gemeindeverwaltung aufgrund der Austritte von langjährigen Kadermitarbeitenden und aufgrund der Vielzahl von Veränderungen in der Aufbau- und Ablauforganisation in einem tiefgreifenden Veränderungsprozess mit einem hohen Spannungsfeld. Die Abteilungen im einzelnen:

Zentrale Dienste (Gemeindeganzlei/Einwohnerdienste)

Mit vergleichbaren Gemeinden verfügen die zentralen Dienste über durchschnittliche Stellenprozent. Das jedoch unter der Beachtung, dass die Gemeindeganzlei zu den Vergleichsgemeinden mehr Aufgaben abdeckt. Aufgrund der momentan sehr vielen Projekte sind die zentralen Dienste knapp dotiert und die zahlreichen Aufgaben können nur mit Prioritätensetzung

und Mehrstunden wahrgenommen werden. Insbesondere für die Weiterentwicklung der Aufbau- wie der Ablauforganisation, für die Verwaltungsleitung und die Lernendenbetreuung bleibt nicht genügend Zeit. Es wird empfohlen, die zentralen Dienste mit einem Stellenpensum von 20% zu ergänzen und/oder den Aufgabenkatalog zu kürzen.

Zurzeit soll eine Stellenprozentenerhöhung nur temporär in Anbetracht der bevorstehenden, zeitintensiven Softwareumstellungen und der Aufarbeitung von Ablauf- und Aufbauorganisationen in Betracht gezogen werden.

Langfristiges Ziel ist, die aktuellen Stellenprozente zu halten.

Abteilung Steuern

Es zeigt sich, dass die Abteilung Steuern der Gemeinde Birmenstorf gemäss Vergleich der Stellenprozente mit den Steuerpflichtigen gut dotiert ist. Die Stellenpensen decken sich mit der überdurchschnittlichen Komplexität der Steuerdossiers und dem dadurch vermehrten Aufwands- und Abklärungsbedarf.

Langfristiges Ziel ist es, die Stellenprozente zu halten.

Abteilung Finanzen - dringender Handlungsbedarf

Auf die damalige identische Neuausschreibung der Leitung Finanzen/Steuern gingen keinerlei Bewerbungen ein. Die Verwaltung sah sich gezwungen, die Abteilungen Finanzen und Steuern neu aufzuteilen und je eine Leitung mit einer Neuanstellung (Leitung Finanzen) und einer internen Lösung (Leitung Steuern) zu besetzen. Während die Abteilung Steuern zwischenzeitlich stabilisiert werden konnte, besteht in der Abteilung Finanzen erneut eine Vakanz.

Die Abteilung Finanzen darf mit dem momentan vorhandenen Aufgabenkatalog als unterdotiert bezeichnet werden. Es zeigt sich, dass die Abteilung Finanzen der Gemeinde Birmenstorf im Vergleich "Stellenprozente pro Einwohner/in" um 20 - 30 Stellenprozente unterdotiert ist. Setzt man die Stellenprozente ins Verhältnis zur Anzahl Geschäftsfälle der Abteilung Finanzen, so fällt die Unterdotierung nochmals deutlich höher aus. Der Wegfall von weiteren 30 Stellenprozenten mit Eintritt der neuen Leiterin Finanzen verschärft diese Unterdotierung weiter und muss im Umfeld des Fachkräftemangels mit stark ausgelasteten und kostenintensiven Drittfirmen überbrückt werden. Eine Stellenprozentenerhöhung ist unausweichlich, muss jedoch in Zusammenarbeit mit der im Juni 2023 beginnenden neuen Leiterin Finanzen (neu 60%, vorher 90%) und der gleichzeitigen Überprüfung des Aufgabenkatalogs Finanzen definiert werden.

Beantragung von 100 Stellenprozent (inkl. Reserven)

Das administrative Personal, zusammengesetzt aus Gemeindeganzlei, Einwohnerdiensten, Finanzen und Steuern, verfügt über ein Stellenplafond von 590%. Dieser ist bei einer bestehenden Vakanz von aktuell 30% und den besetzten Stellen von 560% komplett ausgeschöpft. Mindestens weitere 30 Stellenprozente werden für die Abteilung Finanzen benötigt.

Um die Pensen langfristig zu sichern und die benötigte Flexibilität für Konstanz, Sicherheit und Attraktivität und echte Stellvertretungen zu schaffen, sollen im Grundsatz für die 3 Bereiche Finanzen, Steuern und Einwohnerdienste/Gemeindeschreiber-Stv. je 2 Vollzeitstellen und eine Stelle für Gemeindeschreiber/Verwaltungsleitung zur Verfügung stehen, was einer Beantragung von einer Vollzeitstelle von 590% auf 690% entspricht. Darin ist eine Reserve berücksichtigt, was es dem Gemeinderat erlaubt, flexibel und somit innert nützlicher Frist handlungsfähig zu bleiben.

Stellenplan

- administratives Personal - Gemeindeganzlei/Einwohnerdienste/Finanzen/Steuern → aktuell 590%, Antrag Erhöhung auf 690% (inkl. Reserve)
- technisches Personal – Bauverwaltung / Bauamt / Hauswartung/Technik inkl. Reinigung → aktuell 780%, Antrag Erhöhung auf 880%
- technisches Personal – Technische Betriebe inkl. Brunnenmeister → 120%
- Schulverwaltung → 60%

TOTAL von 1'550%, Antrag Erhöhung auf 1'750%

Zusammenfassung

Wie in den vorherigen Abschnitten dargelegt, handelt es sich beim beantragten Stellenplan nicht um «Wunschdenken», sondern um notwendige Anpassungen, um weiterhin eine möglichst optimale Dienstleistung für die Einwohner/innen gewährleisten zu können und im schwierigen Arbeitsmarkt attraktiv zu bleiben. Ausserdem kann damit der Rolle der Gemeinde als Arbeitgeberin und somit der Fürsorgepflicht gegenüber den Arbeitnehmenden Rechnung getragen werden. In den administrativen Abteilungen ist zudem eine Reserve enthalten, um flexibel für die bevorstehenden Projekte zu bleiben.

Die beantragten Stellenprozentenerhöhungen wurden fachmännisch analysiert. Der Vergleich mit ähnlich strukturierten Gemeinden verstärkt den Eindruck des Nachholbedarfs für Birmenstorf im Hinblick auf eine zeitgemässe Verwaltung.

Antrag:

Dem Stellenplan für die Gemeindeverwaltung Birmenstorf mit einem Gesamtpensenbestand von 1'750% sei zuzustimmen.

Gemeindeammann Marianne Stänz führt die Versammlung durch das Traktandum:

An der Sommergemeindeversammlung 2021 hatte der Gemeinderat eine Aufstockung des Stellenplans um 2.1 Personaleinheiten beantragt, welche von der Gemeindeversammlung genehmigt wurden. Die beiden Stellvertreter für den Leiter Bau und Planung und für den Chefhauswart arbeiten inzwischen seit einigen Monaten bei der Gemeindeverwaltung Birmenstorf. Es ist bereits eine deutliche Entspannung und Verbesserung der Leistung spürbar. Der genehmigte Stellenplan beläuft sich aktuell auf Total 1'550 Stellenprozent.

Bereits vor einem Jahr hat der Gemeinderat angekündigt, dass eine weitere Erhöhung des Stellenplafond notwendig sein wird. Damit der Antrag fundiert belegt werden kann, wurden diesbezüglich Analysen vorgenommen.

Die Einwohnerzahl der Gemeinde Birmenstorf hat sich in den vergangenen 50 Jahren verdoppelt. Im Vergleich zu anderen Gemeinden in der Region ist Birmenstorf weniger gewachsen. In der Vergangenheit stand das qualitative Wachstum im Vordergrund. Aktuell steht der Generationenwechsel in den Quartieren, die in der Wachstumsphase der 80er-Jahre entstanden sind, an. Zusammen mit der Tendenz zur inneren Verdichtung ist weiterhin mit einer Zunahme von 10 bis 20 Personen pro Jahr zu rechnen. Entscheidender für die heutigen Anträge ist allerdings ein gewisser Nachholbedarf in der Verwaltung. Die Gemeinde Birmenstorf hat

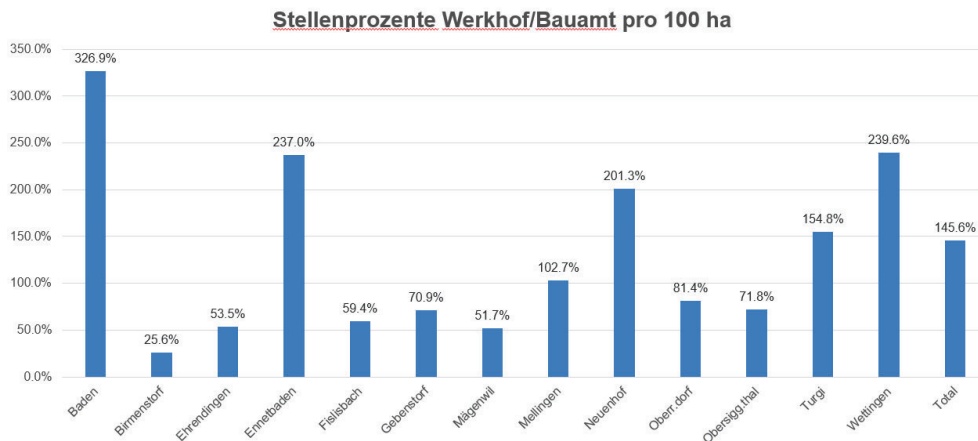
nun die Grösse überschritten, dass sämtliche Aufgaben nur durch eine Person ausgeführt werden können, es braucht ein breiter abgestütztes Team und Mitarbeitende mit neuen Fähigkeiten.

Bauamt

Das Bauamt ist aktuell mit 200 Stellenprozenten besetzt. Seit dem 1. April 2023 ist Stefan Mäder Teamleiter. Er wird seit anfangs Jahr von Ortsbürger Meinrad Würsch unterstützt. Die Pensionierung von Emil Suter wurde zum Anlass genommen, alle über das ganze Jahr verteilten, notwendigen Arbeiten des Bauamts sauber zu dokumentieren und den Aufwand zu schätzen. Die Firma toolsuisse empfiehlt auf dieser Basis mindestens 300 Stellenprozente. Mit der Aufstockung des Teams um eine Person könnte punktuell heute fremd vergebene Aufgaben wieder selbst erledigt werden. Allerdings ist das geschätzt im Umfang von CHF 10'000 bis 20'000 möglich. Ausserdem können sich die Mitarbeitenden einer Aufgabe sorgfältiger widmen und haben mehr Zeit, zu planen und frühzeitig Wartungsarbeiten durchzuführen.

Im Rahmen des Zusammenschlussprojekts Modellstadt wurden vor zwei Jahren die Stellenpensen detailliert erhoben. Im Bereich Bauamt und im Verhältnis zu der Gemeindefläche ist die Unterbesetzung in Birmenstorf offensichtlich. Sogar mit der beantragten Pensenerhöhung um 100 Stellenprozent ist die Gemeinde Birmenstorf noch die tiefste von allen Gemeinden der Region.

Modellstadt: Kennzahlen Werkhof/Bauamt (per 1.3.2021)



Administrative Abteilungen

Für alle administrativen Abteilungen im Erdgeschoss der Gemeindeverwaltung sind 590 Stellenprozente genehmigt und aktuell voll ausgeschöpft. Auch hier war deshalb eine Auslegung notwendig. Die Firma BDO AG hat anfangs Jahr eine fundierte Analyse vorgenommen und auch einen Vergleich mit vier anderen Gemeinden der gleichen Grösse vorgelegt. Es wird eine Aufstockung um 40 bis 70 Stellenprozente empfohlen. Der Gemeinderat beantragt an der heutigen Versammlung eine Erhöhung um 100 Stellenprozente, um somit eine gewisse Reserve für die anstehenden Projekte zu erhalten. Diese knapp sieben Personen verteilen sich ungefähr auf den Gemeindegemeinschafter und Verwaltungsleiter in Personalunion, jeweils zwei Personen für die Position des Gemeindegemeinschafter-Stv./Einwohnerdienste und die Abteilung Finanzen und Steuern auch je zwei Personen. Stand heute muss die Abteilung Finanzen um 30 bis 50 Stellenprozente aufgestockt werden.

Der Gemeinderat verfolgt mit dem heutigen Antrag diverse Zielsetzungen. Zum einen sollen die Teams breiter abgestützt werden und damit das Risiko senken, bei Kündigungen oder Ausfällen teure Übergangslösungen finanzieren zu müssen. Zudem benötigt die Verwaltung dringend Kapazitäten, um die bevorstehenden Projekte reibungslos umsetzen zu können. Ebenfalls hatte der Verwaltungsleiter Manuel Brunner in den vergangenen 1.5 Jahren viel zu wenig Zeit für seine Rolle als Chef der Verwaltung. In diesen Phasen von grossen Veränderungen ist es extrem wichtig, genügend Zeit für die Mitarbeitenden zu haben und Prozesse anzupassen. Andererseits hat die Gemeinde als Arbeitgeberin eine Fürsorgepflicht gegenüber seinen Mitarbeitenden. Es geht nicht, dass einzelne Mitarbeitende über lange Zeit extrem am Anschlag sind und sehr viele Überstunden generieren. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass die Verwaltung und das Bauamt mit der Pensenaufstockung besser planen kann. Auch braucht es in den kommenden Monaten genügend Ressourcen für die saubere Einführung der Informatikanwendungen.

Christian Steinbach ist bewusst, dass die Anzahl der Einwohner/innen in den vergangenen Jahren gewachsen ist, das Gemeindegebiet ist jedoch gleich geblieben. Er möchte wissen, weshalb die Berechnung anhand der Fläche und nicht anhand der Einwohner vorgenommen wurde.

Gemeindeammann Marianne Stänz erklärt, dass die Berechnung auch pro Einwohner hätte vorgenommen werden können. Das Ergebnis würde jedoch nicht grundlegend von der Berechnung aufgrund der Fläche abweichen. Sie wird dies entsprechend nachreichen.

Christian Steinbach möchte wissen, weshalb es vermehrte Fluktuationen innerhalb der Gemeindeverwaltung gab.

Gemeindeammann Marianne Stänz erklärt, dass die drei Abteilungsleiter nach 35-jähriger Tätigkeit bei der Gemeindeverwaltung Birmenstorf in Pension gingen. Der darauffolgende Leiter Finanzen hat sich in Birmenstorf nicht wohl gefühlt und deshalb eine neue Anstellung gesucht. Es ist üblich, dass es ab und zu Personalwechsel gibt und diese nicht immer positiv ausgehen. Sie weist zudem darauf hin, dass ein extremer Fachkräftemangel herrscht und es schwer ist, passende und geeignete Mitarbeitende zu finden.

Abstimmung:

Die Versammlung stimmt dem Stellenplan für die Gemeindeverwaltung Birmenstorf mit einem Gesamtpensenbestand von 1'750 % in offener Abstimmung grossmehrheitlich ohne Gegenstimmen zu.

7. Verschiedenes und Umfrage

Gemeindeammann Marianne Stänz weist die Versammlungsteilnehmer auf den Newsletter der Gemeindeverwaltung Birmenstorf hin. Nach erfolgter Registrierung auf der Homepage www.birmenstorf.ch erhalten die Teilnehmer wöchentliche Informationen aus Birmenstorf und sind so immer auf dem aktuellsten Stand.

Der Gemeinderat hat über keine weiteren Informationen zu berichten.

Gemeindeammann Marianne Stänz eröffnet die Frage- und Diskussionsrunde.

Aus der Versammlung kommen keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Gemeindeammann Marianne Stänz orientiert die Versammlung über kommende Termine gemäss nachstehender Folie:

Nächste Termine

- Gemeindeversammlung OBG am Freitag, 16. Juni 2023
- Bundesfeier am Dienstag, 1. August 2023, ab 11.00 Uhr
- Infoveranstaltung Herbst am Donnerstag, 19. Oktober 2023
- Gemeindeversammlung EWG/OBG am Mittwoch, 15. November 2023

Gemeindeammann Marianne Stänz schliesst die heutige Versammlung um 21:20 Uhr mit einem Dankeschön für den Versammlungsbesuch und den Wünschen nach einer guten Heimkehr und nach einem schönen Sommer.

Für ein getreues Protokoll:

GEMEINDERAT BIRMENSTORF

Marianne Stänz
Gemeindeammann

Manuel Brunner
Gemeindeschreiber